

II-3936 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2063/J

A N F R A G E

1988-04-26

der Abgeordneten Dr. Ermacora, *Dr. Khol*
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend "schwarze Listen" in Italien

Der gemeinsame Landtag von Nord- und Südtirol, der im März dieses Jahres eine Tagung in Innsbruck abhielt, hat sich mit der Frage der sogenannten "schwarzen Listen" beschäftigt. Diese sind offensichtlich in Italien angelegt. Personen, deren Namen auf solchen schwarzen Listen stehen, wird eine Einreise nach Italien nicht gestattet. Wozu noch kommt, daß immer erst die Erfahrung während eines Grenzübertrittes bewußt macht, daß Personen unerwünschte Fremde sind und die Grenze nach Italien nicht überschreiten dürfen. Das kommt einer italienischen "Watch-List" gleich. Jedenfalls scheinen - wie die Erfahrung lehrt - zwei prominente Tiroler Pädagogen, die aus ihrem Bekenntnis zur Landeseinheit kein Hehl gemacht haben, auf solchen Listen auf.

Der oben genannte Landtag hat mit großer Mehrheit die österreichische Bundesregierung ersucht, gegen die Praxis der schwarzen Listen bei Italien vorstellig zu werden. Es geht nicht an, daß in der Nähe des Paketabschlusses Österreicher, ohne je einer Straftat bezichtigt worden zu sein, aus politischen Gründen von der Einreise nach Italien ausgeschlossen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler die folgende

- 2 -

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen der Beschluß des gemeinsamen Tiroler Landtages über die "schwarzen Listen" bekannt?

- 2) Was haben Sie unternommen, um die Handhabung dieser "schwarzen Listen", die auch gegen strafrechtlich nicht verfolgte Österreicher gerichtet sind, zur Einstellung zu bringen?